

Spital

Antrag Vorbezug für Wohneigentum (WEF)

Name	Vorname		
Strasse, Nr.			
PLZ, Wohnort			
Geburtsdatum	SV-Nummer		
E-Mail	Telefon		
Zivilstand	ledig	verheiratet	geschieden
	eingetragene Partnerschaft	aufgelöste Partnerschaft	verwitwet
Arbeitsfähigkeit	Sind Sie voll arbeitsfähig?	ja	nein

Angaben zum Vorbezug

Gewünschter Betrag	CHF	maximal zulässiger Betrag
Gewünschtes Datum der Auszahlung (siehe Merkblatt)		
Verwendungszweck	Erwerb / Erstellung Wohneigentum Wertvermehrnde Investitionen Rückzahlung Hypothek (Amortisation) Beteiligung an Wohnbaugenossenschaft (Anteilschein)	
Bankname und IBAN Nr.		
Kontoinhaber/Kontoinhaberin		

Angaben zum Objekt

Art des Objekts	Einfamilienhaus	Stockwerkeigentum
Eigentumsverhältnisse	Alleineigentum	Miteigentum %
	Gesamteigentum unter Ehegatten/ eingetragenen Partnern	
Adresse Objekt		
Kataster-Nr./Parzellen-Nr.		
Voraussichtlicher Einzugstermin		
Termin Eigentumsübertragung		

Hinweise / Bestätigung der versicherten Person

- Mir ist bekannt, dass sich durch den Vorbezug die Leistungen im Alter und gegebenenfalls auch bei Tod und Invalidität reduzieren. Diese Vorsorgelücke kann ich, auf privater Basis, bei einer Versicherung abdecken.
- Ich habe das „Merkblatt Vorbezug für Wohneigentum“ gelesen und verstanden.
- Die steuerlichen Folgen sind mir klar, insbesondere nach Einkäufen innerhalb der letzten drei Jahre.
- Ich kenne die Rückzahlungspflicht bei Verkauf, Nutzungsänderung, Zwangsverwertung sowie im Todesfall.
- Ich bestätige, dass der Vorbezug für selbstgenutztes Wohneigentum verwendet wird und der vorliegende Antrag wahrheitsgetreu ausgefüllt wurde.
- Die Kosten von CHF 250.00 habe ich auf das Konto CH51 0483 5064 4249 9100 0, lautend auf Vorsorgestiftung VLSS, c/o Valitas AG, Dammstrasse 23, 6300 Zug überwiesen.

Vollmacht

Ich beauftrage die Vorsorgestiftung VLSS, den Eintrag der Veräusserungsbeschränkung im Sinne von Art. 30e BVG im Grundbuch zu veranlassen. Die Kosten gehen vollumfänglich zu meinen Lasten.

Unterschriften

Bei Personen, die **verheiratet sind oder in eingetragener Partnerschaft** leben, sind eine amtlich beglaubigte Unterschrift des Ehepartners/Partners sowie ein Familienausweis erforderlich

Datum

Unterschrift versicherte Person

Datum

Amtlich beglaubigte Unterschrift des Ehegatten/
des eingetragenen Partners

Notwendige Dokumente

Erwerb Wohneigentum

- Notariell beglaubigter Kaufvertrag
- Bestätigung über die Höhe der Hypothekarschuld
- Bestätigung der Bank*

Erstellung/Umbau Wohneigentum

- aktueller Grundbuchauszug (falls bereits Eigentümer)
- Notariell beglaubigter Kaufvertrag
- Bau-, Werk- oder Generalunternehmervertrag
- Definitive Offerten der Handwerker, unterzeichnete Auftragsbestätigung
- Bestätigung der Bank*

Beteiligung an Wohnbaugenossenschaften

- Reglement der Wohnbaugenossenschaft
- Mietvertrag
- aktuelle Wohnsitzbescheinigung
- Anteilsschein (Original)

Rückzahlung Hypothek (Amortisation)

- aktueller Grundbuchauszug
- Bestätigung über die Höhe der Hypothekarschuld
- aktuelle Wohnsitzbescheinigung
- Bestätigung der Bank*

* Die **Bestätigung der Bank** muss folgendes beinhalten:

Bestätigung über die Verwendung gemäss BVG, Verwendungszweck, Bestätigung gesperrtes Auszahlungskonto (IBAN), Verpflichtung zur Rückzahlung bei Nichtzustandekommen, Bestätigung Betrag und gewünschtes Auszahlungsdatum

Merkblatt Vorbezug für Wohneigentum

Gemäss Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) können versicherte Personen Gelder aus der Pensionskasse zur Finanzierung von selbst genutztem Wohneigentum verwenden.

Verwendungszweck

- Erwerb und Erstellung von selbstgenutztem Wohneigentum
- Amortisation von Hypothekendarlehen auf selbst genutztem Wohneigentum
- Erwerb von Anteilsscheinen von Wohnbaugenossenschaften oder ähnlichen Beteiligungen
- Wertvermehrende Investitionen

Achtung: Gelder aus der Pensionskasse dürfen **nicht** für die Finanzierung des laufenden Unterhalts einer Immobilie, für die Bezahlung von Hypothekenzinsen oder für den Kauf von Bauland verwendet werden. Auch Ferien- und Zweitwohnungen dürfen nicht mit Pensionskassengeldern finanziert werden.

Bezugsmöglichkeiten

Bis zum 50. Altersjahr kann das gesamte vorhandene Altersguthaben vorbezogen werden. Ab dem 50. Altersjahr kann höchstens die Hälfte des aktuellen Altersguthabens oder, wenn grösser, das Altersguthaben bei Alter 50 in Anspruch genommen werden.

Der Mindestbezug beträgt CHF 20'000. Dies gilt nicht beim Erwerb von Anteilsscheinen von Wohnbaugenossenschaften.

Ein Vorbezug kann alle fünf Jahre bis spätestens drei Jahre vor Entstehen des Anspruchs auf Altersleistungen geltend gemacht werden.

Eigenbedarf und Eigentumsrecht

Das Wohneigentum muss durch die versicherte Person genutzt werden, und zwar am zivilrechtlichen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort. Folgende Eigentumsverhältnisse sind zulässig:

- Alleineigentum
- Miteigentum
- Gesamteigentum unter Ehegatten bzw. unter eingetragenen Partnern.

Es empfiehlt sich, die Auswirkungen der verschiedenen Eigentumsrechte im Vorfeld abzuklären. Liegt beispielsweise Miteigentum vor, kann nur über den Wert des persönlichen Miteigentumsanteils verfügt werden. Dies gilt auch zwischen Ehegatten.

Leistungskürzung infolge Vorbezugs

Der Vorbezug wird vom vorhandenen Altersguthaben in Abzug gebracht. Dadurch werden die künftigen Altersleistungen gekürzt. Auch die Leistungen im Invaliditäts- und Todesfall können gegebenenfalls gekürzt werden. Eine zusätzliche Risikoversicherung auf privater Basis kann diese Einbusse abdecken.

Mit der Auszahlung erfolgt beim Grundbuchamt die Anmerkung einer Veräusserungsbeschränkung (nur bei Wohneigentum in der Schweiz). Diese bewirkt, dass die Immobilie nur veräussert werden kann, wenn die Rückzahlung des Vorbezugs sichergestellt ist oder die Veräusserungsbeschränkung und der Vorbezug auf ein neues Grundstück übertragen werden können. Die Kosten für die Anmerkung der Veräusserungsbeschränkung gehen zu Lasten der versicherten Person.

Zustimmung des Ehegatten / des eingetragenen Partners / des Lebenspartners

Für den Vorbezug ist die schriftliche Zustimmung des Ehegatten bzw. des eingetragenen Partners oder des bei der Vorsorgestiftung VLSS begünstigten Lebenspartners notwendig. Die Echtheit dieser Unterschrift muss auf dem Antragsformular amtlich beglaubigt werden (bei einem Notar oder der Wohnsitzgemeinde).

Vorbezug nach einem freiwilligen Einkauf

Freiwillige Einkäufe in die Pensionskasse können in der Regel vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden. Dieser Steuervorteil wird von den Steuerbehörden nicht mehr zugestanden, falls innerhalb von drei Jahren nach dem Einkauf ein Kapitalbezug geltend gemacht wird.

Die steuerlichen Auswirkungen sollten von der versicherten Person frühzeitig bei der zuständigen Steuerbehörde abgeklärt werden.

Auszahlung des Vorbezugs

Der Vorbezug wird nach positiver Entscheidung, frühestens jedoch bei Eigentumsübertragung, an den Gläubiger (Verkäufer, Ersteller des Wohneigentums oder Darlehensgeber) überwiesen. Wird der Bezug auf ein Sperrkonto bei einer Bank gewünscht, benötigt die Vorsorgestiftung VLSS eine Bestätigung der Bank über den Verwendungszweck sowie über den eingeschränkten Zugriff auf das Auszahlungskonto.

Rückzahlung des Vorbezugs

Zu Lebzeiten

Bei Eigentums- oder Nutzungsänderung des Wohneigentums (Verkauf, Vermietung, Wohnrecht- oder Nutznießungsrecht) ist die versicherte Person zur Meldung und zur Rückzahlung des vorbezogenen Betrages an die Vorsorgestiftung VLSS verpflichtet.

Im Todesfall

Die Erben können zur Rückzahlung des Vorbezugs verpflichtet werden, wenn die versicherte Person vor der Pensionierung verstirbt und weder an einen Ehegatten/Partner noch an ein Kind Hinterlassenenleistungen ausgerichtet werden.

Der Vorbezug kann jederzeit ganz oder teilweise zurückbezahlt werden, jedoch spätestens drei Jahre vor Entstehen des Anspruchs auf Altersleistungen. Der Mindestbetrag für eine Rückzahlung beträgt ab 1. Oktober 2017 CHF 10'000.00 (Ausnahme Anteilsscheine). Nach der vollständigen Rückzahlung kann die beim Vorbezug bezahlte Steuer (ohne Zinsen) innerhalb von längstens drei Jahren zurückgefordert werden. Das Gesuch ist an die zuständige Behörde in demjenigen Kanton, in dem der Vorbezug ursprünglich versteuert wurde, zu stellen.

Steuerliche Bestimmungen

Ein Vorbezug ist steuerpflichtig. Die Vorsorgestiftung VLSS meldet der Eidgenössischen Steuerverwaltung die Auszahlung. Die Steuern sind aus eigenen Mitteln zu bezahlen und können nicht vom vorbezogenen Betrag in Abzug gebracht werden. Auskunft über die Höhe der Steuerbelastung erteilt die zuständige Steuerbehörde.

Bei Versicherten mit Wohnsitz im Ausland wird die Quellensteuer direkt vom Vorbezug abgezogen. Die Höhe der Quellensteuer richtet sich nach den Quellensteuersätzen des Kantons Bern, wo die Vorsorgestiftung VLSS ihren Sitz hat.

Gebühren

Die Kosten für einen Vorbezug bei der Vorsorgestiftung VLSS belaufen sich auf CHF 250. Die Gebühr muss vor der Auszahlung des Vorbezugs durch die Versicherte Person beglichen werden.

Wohneigentum im Ausland

Bei Wohneigentum im Ausland gelten allenfalls abweichende Bestimmungen und es müssen weitere, nicht auf dem Formular bezeichnete Dokumente eingereicht werden. Genauere Informationen erteilt Ihnen Ihr Kundenbetreuer/Ihre Kundenbetreuerin.